

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV-Stein · Fasanenring 13 · 90547 Stein

Presseerklärung

Ortsverband Stein
Ortssprecher
Dietmar Oeder

Fasanenring 13, 90547 Stein
ov.stein@gruene.de

Stein, 20. Juni 2018

Antrag: Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat auf kommunalen Flächen

In unserem Antrag wurde gefordert:

- 1) kein Einsatz von Glyphosat auf selbst bewirtschafteten Flächen der Stadt Stein (Bauhof/Stadtgärtnerei)
- 2) kein Einsatz von Glyphosat auf extern bewirtschaftete Flächen (Vegetationspflege durch Fremdfirmen)
- 3) Verzicht auf Glyphosat in Pachtverträgen zur landwirtschaftlichen Nutzung
- 4) Selbstverpflichtung zu Beratung zum Verzicht auf Pestizide durch die Stadt und Einwirkung auf Vereine. (Sport- und Gartenbauvereine)
- 5) Pflegekonzept ohne Einsatz von Pestiziden für Grün- und Verkehrsflächen.

Im Beschlussvorschlag der heutigen Sitzung will sich die Stadt Stein lediglich selbst verpflichten weiterhin auf Glyphosat zu verzichten, auf den landwirtschaftlich verpachteten Flächen es aber weiter zulassen. Der Punkt 4) Beratung wird nicht erwähnt.

Wir finden diese Vorgehensweise nicht konsequent und lehnen daher diese Beschlussvorlage ab,

In der Beschlussvorlage wird erläutert, dass Stadtgärtnerei, Bauhof und externe Betriebe bereits jetzt auf Glyphosat verzichten und dies auch zukünftig wollen. Aber auch im landwirtschaftlichen Bereich muss ein Umdenken beginnen, und hier hat eine Kommune, ähnlich wie bei Fair-Trade, eine Vorbildstellung. Zumal Daseinsvorsorge eine Aufgabe der Kommune ist.

Unkräuter entwickeln bereits jetzt Resistenzen gegen Glyphosat, in anderen Ländern werden deshalb genmanipulierte Pflanzen angepflanzt (die gegen Glyphosat resistent sind) um auch während des Wachstums und der Reife mit verbessertem Glyphosat unerwünschten Unkrautbefall zu verhindern. Dies ist aktuell bei uns noch verboten, wird aber bei weiterem Einsatz von Glyphosat in Zukunft in der EU wohl genehmigt werden. Zudem kommt es durch Glyphosat häufig zu Schimmelbefall, welcher mit Fungiziden behandelt werden muss.

Die Meinung, nur mit Glyphosat ist die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern ist ein Irrglaube. Hier versucht man den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. ..Nur durch eine Änderung unserer aktuellen Essgewohnheiten und einer Abkehr vom Preisdumping bei Lebensmitteln (vor allem bei Fleisch) wird die biologische Landwirtschaft die Weltbevölkerung auch in Zukunft ernähren. Biologischer Anbau hat sich seit 10.000 Jahren bewährt, Glyphosat dagegen ist seit 40 Jahren auf dem Markt und niemand weiß welche Folgen es auf unserem Planeten in 100 oder 200 Jahren hinterlässt.

Andere Kommunen haben kein Problem einen derartigen Beschluss auch mit verpachteten Flächen zu fassen. Beispiel: Dachau, Passau, Gräfenberg, Bernau, Ebern, Lkrs Landsberg/Lech usw. und seit 24.1.18 auch die Stadt Zirndorf.

Egal ob man nun Glyphosat als schwach oder stark krebserregend einstuft, niemand will Lebensmittel mit dem Hinweis „kann Spuren von Glyphosat enthalten“ kaufen. In Studien wurde bei 90% der Probanden Glyphosat im Urin festgestellt. Und wie sicher bekannt, wurde selbst in Bier Glyphosat nachgewiesen. Über eine Million Menschen haben eine EU-Petition unterzeichnet um Glyphosat zu verbieten.

Natürlich ist der Aufwand für die Pächter der städtischen Ackerflächen höher, aber wollen wir wirklich erst warten bis die schädliche Auswirkungen auch von der Agrarindustrie und dem Bauernverband anerkannt werden müssen? Ich bitte deshalb die Mitglieder im Gremium diesen Beschlussvorschlag abzulehnen und besser eine weitergehende Verpflichtung wie in unserer Nachbarstadt Zirndorf einzugehen.